

---

**1765/A(E) XXV. GP**

---

**Eingebracht am 16.06.2016**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Tanja Windbüchler-Souschill, Freundinnen und Freunde

betreffend mehr Geld für UN Organisationen für Projekte zu Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt

### **BEGRÜNDUNG**

Sexuelle Gewalt nimmt in den Krisengebieten wie Syrien, Irak, Libyen, oder Südsudan massiv zu. Dabei wird sie in den bewaffneten Konflikten gezielt und systematisch als Waffe eingesetzt. Obwohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seit 2000 insgesamt bereits zwölf Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit und mindestens fünf konkret zum Thema sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten verabschiedet hat, gibt es viel zu wenig Fortschritte bei der Umsetzung der darin vorgegebenen Maßnahmen. Bisher ist noch kein einziger Staat von der internationalen Gemeinschaft mit Sanktionen belegt worden, der sexuelle Gewalt in Konfliktgebieten zulässt.

Bis dato kommt es laut Medienberichten und UNO-Hilfsorganisationen auch in den überfüllten Flüchtlingslagern in den Nachbarländern der syrischen Bürgerkriegsregion vermehrt zu Vergewaltigungen, Ausbeutung, Zwangsvorheiratungen und sexueller Gewalt. Bisherige Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft – inklusive Österreich – zur Beendigung der sexuellen Gewaltanwendungen sind völlig unzureichend. UN Hilfsprojekte zur Verbesserung der Sicherheitslage für Frauen und Mädchen in Flüchtlingslagern benötigen dringend mehr Gelder.

Aus einer Anfragebeantwortung von Außenminister Sebastian Kurz am 9. Dezember 2015 betreffend Österreichs Beitrag zur Umsetzung von UNSCR (UN-Sicherheitsratsresolution) 1325, insbesondere bzgl. Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt an Frauen in Flüchtlingslagern im Nahen Osten geht hervor, dass derzeit kein einziges UN Projekt unterstützt wird, das sich ausschließlich um den Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt in Flüchtlingslagern kümmert. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 wurden nur Projekte unterstützt, die den spezifischen Schutz von Frauen auf der Flucht nur mitberücksichtigen. Das ist bei weitem nicht genug. Was dringend notwendig scheint, ist die rasche finanzielle Unterstützung konkreter Projekte zum Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller Gewalt.

UN WOMEN, die UN Einheit für Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen, arbeitet in Flüchtlingslagern in Jordanien und im Irak vor Ort. Die Organisation hilft Frauen durch Vergabe von Lebensmitteln in den Flüchtlingscamps, und bietet sogenannte „Safe Spaces“/Schutzzonen, wo Frauen nicht nur Unterstützung und Schutz vor sexueller Gewalt, sondern auch Möglichkeiten erhalten, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern (u.a. Nähkurse, Sprach- und Computerkurse).

Doch anstatt der UN Frauenorganisation finanziell unter die Arme zu greifen, um sie im Kampf gegen sexuelle Gewalt an Frauen zu unterstützen, wurde die jährliche Beitragszahlung Österreichs an UN WOMEN laut Budget 2016 sogar von mageren 322.00 auf 300.000 Euro gekürzt.

UNFPA, der Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen, leistet ebenfalls einen wertvollen Beitrag, um Frauen und Kinder in und um Krisengebiete zu unterstützen. So stellt der Fonds beispielsweise die bereits erwähnten „Safe Spaces“ für weibliche Flüchtlinge und Kinder, die nicht in Flüchtlingslagern untergekommen sind, in urbanen Gebieten zur Verfügung.

Dem Fonds wurde jedoch nun endgültig die Beitragszahlung (von 1.000 auf 0 ! Euro) laut Budget 2016 gestrichen.

Es ist daher dringend eine sofortige Erhöhung der Gelder für die UN Organisationen UN WOMEN und UNFPA nötig, die konkret Projekte zum Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller Gewalt in und um Flüchtlingslagern in Nachbarländern von Krisenregionen durchführen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Außenminister für Europa, Integration und Äußeres, wird aufgefordert, noch 2016 den jährlichen Beitrag für UN WOMEN sowie für UNFPA auf je eine Million Euro zu erhöhen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.